

Wien, am 14. Juli 2014

PRESSEINFORMATION

VII: Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer und Einzelfälle nicht jeden Makler oder Vermieter zu einem Gauner

Untertitel: Das MRG darf nicht durch Einzelaktionen zum Sommerhit missbraucht werden

Es ist dringend geboten das MRG dem 21. Jahrhundert anzupassen und nicht in das Jahr 1917 zurück zu fallen. Daher sollte endlich damit aufgehört werden, Einzelfälle als die Norm darzustellen, wie es derzeit die AK tut. Auf der einen Seite bekämpft sie einen Makler, weil er angeblich seinen Pflichten gegenüber dem Mieter nicht nachgekommen sei, auf der anderen Seite fordert man in der AK, dass der Makler nur mehr vom Vermieter bezahlt wird - das Ergebnis wäre, dass dann der Makler für den Mieter überhaupt nicht mehr zuständig wäre, daher auch nicht mehr klagbar. Soll das das Ergebnis sein? Man sieht, hier wird mit Emotionen gespielt anstatt sich konstruktiv in die Diskussion einzubringen. Rufft die AK zu Aktionen auf, wie zur Überprüfung von Mietverträgen und dann kommen minimal, nämlich nicht mehr als 200 Verträge zur Überprüfung, schon heißt es, alle Mietverträge wären falsch. „Auch Vermieter könnten genügend negative Fälle aufzeigen, nur damit kommen wir nicht weiter“, so Dr. Wolfgang Louzek, Präsident des Verbandes der Institutionellen Immobilieninvestoren (VII).

Der VII fordert endlich eine konstruktive Debatte.

Eine Mietpreisbremse welcher Art auch immer hat noch nie funktioniert. In Deutschland ist man gerade wieder dabei, diese dem politischen Aus zuzuführen, noch bevor sie eingeführt wurde. Denn je weniger Wohnungen am Markt sind, desto mehr kann man sich seinen Mieter aussuchen. Wer bleibt dabei auf der Strecke: Genau die, die die AK so gerne schützen will, die sozial Schwachen. Gutverdiener können sich dann Wohnungen zu sensationell niedrigen Kosten mieten. Nach und nach werden dann Häuser nicht mehr saniert etc. denn Investition muss sich auch rechnen dürfen.

„Hören wir doch auf mit dem Getöse. In England, Frankreich, Spanien, überall wurden Mietpreis-Deckelungen abgeschafft, da sie genau das Gegenteil bewirkten, als gewollt. Staatlich regulierte Mieten haben noch in keinem Staat zu günstigen Mieten geführt sondern stets zu weniger Angebot“, deponiert Dr. Wolfgang Louzek, Präsident des Verbandes der Institutionellen Immobilieninvestoren.

In einer Studie der EU heißt es: „Mietpreisdeckelungen lassen das Angebot an Mietwohnungen schrumpfen, weil sich Investitionen in den Neubau und die Instandhaltung nicht rentieren.“ Auch das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln kommt zum selben Ergebnis.

„Wer Unterstützung benötigt, soll diese auch erhalten, aber dafür kann kein einzelner privater Vermieter herangezogen werden. Österreich ist mit 30 Prozent! das Land mit der höchsten Dichte an sozialem Wohnbau im Vergleich zur Gesamtbauleistung. In Polen sind es fünf, in Frankreich und Schweden 12, in den Niederlande 15 Prozent.

Dabei sind wir das drittreichste Land, das passt doch hinten und vorn nicht zusammen“, ergänzt Louzek.

Starker Mietpreisanstieg ist nicht allgegenwärtig, einzelne Hotspots wird es immer geben. Da viele Pensionsfonds zwangsläufig in sichere Immobilien investiert sind, wird gerne übersehen - fallen allerdings dort die Ertragszinsen, auch weil weniger Miete verlangt werden kann, dann wäre es wohl die AK, die als erstes dies negativ anprangern würde. „Es wäre endlich an der Zeit sich der Zukunft zu zuwenden, sinnvolle Hilfe für jene zu überlegen die es benötigen und nicht das Füllhorn über alle ausschütten zu wollen. Das hat noch immer ins Desaster geführt“, so Louzek.

Mehr Infos unter: www.vii.co.at

Rückfragehinweis: Mag. Karin Keglevich
Special Public Affairs PR-Beratung & Lobbying GmbH
Goldschmiedgasse 8/8, 1010 Wien
Tel +43 1 532 25 45 10, +43 664 3380834
Email: keglevich@spa.co.at